

## Regierungsbeteiligung – ein konflikthafte Projekt. Das Beispiel Berlin

Mein Vortrag stellt weniger eine Binnen- als vielmehr eine Außenperspektive dar. Sozialwissenschaftliche Analysen sollten immer eine unvoreingenommene, ja kritische Distanz zum Untersuchungsgegenstand einnehmen – schon als Voraussetzung für seine möglichst realistische Beschreibung. Dabei können sie nicht zuerst Handlungsanleitungen geben, sondern eher Anregungen zur kritischen Reflexion und weiterführenden Diskussion. Inhaltlich werde ich in meinem Beitrag drei Schritte versuchen:

1. Eine knappe Einordnung des Phänomens Regierungsbeteiligung
2. Eine Bilanzierung des Falls Berlin
2. Eine Diskussion von Erfahrungswerten.

### **1. Regierungsbeteiligung – eine Einordnung**

Die Linke sieht sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts erneut mit dem Thema der Regierungsbeteiligung konfrontiert. Denn in *Lateinamerika* brachte eine breite Gegenbewegung zum Neoliberalismus Linksregierungen an die Macht – in Brasilien, Bolivien, Chile, Uruguay, Venezuela; dazu seit längerem in *Südafrika* und einigen Bundesstaaten *Indiens*. Auch in *Europa*, wo die Linke historisch noch immer in der Defensive ist, wurde ihr in einigen Ländern erneut vom Wähler Regierungsverantwortung übertragen – so in Schweden und Zypern, unlängst in Norwegen, jüngst in Italien und möglicherweise 2007 in Frankreich. Nur für die Bundesrepublik Deutschland schien dies lange Zeit kein Thema, zumindest kein praktisch-relevantes.

Das Parteiensystem der Bundesrepublik, das seine historischen Wurzeln im 19. Jahrhundert hat, erwies sich in den vergangenen Jahrzehnten als recht stabil. Tiefgreifende Wandlungen schienen ausgeschlossen. Im Unterschied zu den meisten anderen west-, südost- und nordeuropäischen Ländern konnte sich auch nie eine einflussreiche und koalitionsfähige demokratisch-sozialistische Partei links von der Sozialdemokratie etablieren. Die SPD besaß

das Monopol über die Linke. Koalitionsbildungen verliefen alles in allem im gewohnten Muster.

Offensichtlich sind wir nun Zeugen eines Strukturbruchs im deutschen Parteiensystem, weil dieses die neuen Konfliktlagen der Gesellschaft nicht mehr oder nicht mehr adäquat widerspiegelt. Eine erste, eher regionale Zäsur deutete sich bereits mit dem Wandel des Parteiensystems in Ostdeutschland nach 1990 und der Herausbildung einer linken Volkspartei neben der SPD an. Damit musste früher oder später das Thema linker Politik in Entscheidungs- und Regierungsverantwortung auf die politische Agenda rücken. Zunächst auf kommunaler, dann auch auf Landesebene; hier zuerst in Sachsen-Anhalt, dann in Mecklenburg-Vorpommern und seit Ende 2001/Anfang 2002 in Berlin. Das sorgte für erhebliche Aufregung, wurde damit doch hierzulande *Neuland* beschritten und ein Versuch gestartet, der immer auch Irrtum einschließt. Vielleicht nimmt dieser Suchprozess auch nur vorweg, was perspektivisch der Bundesrepublik als Ganzem an Wandlungen bevorsteht und sie damit europäischer machen würde. Allein die erstmals möglich gewordene Herausbildung eines neuen gesamtdeutschen linken Projekts würde die politische Landschaft nachhaltig verändern und neue gesellschaftspolitische Optionen auf die Tagesordnung bringen.

Aber zurück zur Gegenwart. Neu ist, dass es sich heute um Regierungsbeteiligung bzw. um Linksregierungen im neoliberal-postfordistischen Kapitalismus handelt. Trotz Anzeichen seiner Legitimationskrise verfügt der Neoliberalismus noch immer über die strukturelle und kulturelle Hegemonie. Der Ausgang von Regierungsbeteiligung der sozialistischen Linken ist deshalb mehr denn je offen. Das belegen selbst schon die Erfahrungen von Linksregierungen in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Mit der Veränderung des historischen Orts dieser Regierungen stellen sich heute viele konzeptionelle und praktisch-politische Fragen neu – für die Linke in der Opposition und besonders für die Linke in Regierungsverantwortung. Das Problem ist nur, dass sie noch über kein tragfähiges Konzept des Regierungshandelns unter diesen neuen Bedingungen verfügt. Ein solches kann heute nicht mehr primär aus sozialistischen Texten der Vergangenheit abgeleitet werden. Es verlangt vor allem die systematische Aneignung der komplexen Wirklichkeit und die gründliche Auf- und Verarbeitung der neu gewonnenen praktischen Erfahrungen auf regionaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Ein solches Konzept zu entwickeln erfordert jedoch bei den beteiligten Akteuren ein Bewusstsein für die Notwendigkeit einer solchen Strategieentwicklung. Und damit auch für ein Bündnis von praktischer und intellektueller Politik.

In diesem Sinne ist Regierungsbeteiligung, eben auch in Berlin, zugleich ein *Projekt strategischen Lernens*. Ein solch notwendiger Lernprozess verträgt sich nicht mit feststehenden und nicht zu hinterfragenden Gewissheiten, sondern erfordert auf allen Seiten Unvoreingenommenheit, Offenheit, kritische Prüfung der Ergebnisse und Erfahrungen. Und dies schließt – ebenfalls auf allen Seiten – auch die Fähigkeit zur Korrektur ein. Dann sollte es vielleicht möglich sein, dass das seit 107 Jahren (Eintritt des Sozialisten Alexandre Millerand in das Kabinett des französischen Premierministers Waldeck-Rousseau) umstrittene Thema von Regierungsbeteiligung zumindest praxistauglich zu bearbeiten.

## **2. Regierungsbeteiligung in Berlin – eine Bilanz**

Eine unvoreingenommene und kritische Prüfung linker Politik in Regierungsverantwortung wird möglich, wenn man die Ergebnisse in Bezug setzt zu den realen Herausforderungen – und dabei die tatsächlichen Handlungsräume nicht außer Acht lässt.

Der Regierungswechsel in Berlin im Jahre 2001/2002 fiel mit einem komplexen Krisenszenario und einer fast einmaligen Problembündelung zusammen: Haushaltsnotstand, Krise des öffentlichen Sektors, Erosion der wirtschaftlich-industriellen Basis, bevölkerungspolitische Schrumpfungprozesse und eine durch die neo-liberale Politik auf Bundesebene weiter voran getriebene Massenarbeitslosigkeit und soziale Polarisierung. Die Linke in der Stadt- bzw. Landesregierung kann die schlechte Realität nicht einfach anprangern, sondern muss ihre Politik zuallererst auf lösbare Probleme konzentrieren. Die **erste Herausforderung** in Berlin lautete deshalb: Können die durch die Große Koalition verursachte Krise des stadtpolitischen Regimes und dessen Erblasten überwunden und die Steuerungs- und Funktionsfähigkeit der Stadt, des Landes wiederhergestellt werden? Und – können die regionalen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und demokratischen Potenziale erschlossen und wieder stärker im Interesse der Bürger genutzt werden? Die **zweite** und eher längerfristige **Herausforderung** lautet: Können regional-spezifische Wege und Öffnungschancen für ein gesellschaftliches Umsteuern in Richtung alternativer Projekte und eines neuen, demokratisch, sozial und ökologisch geprägten Entwicklungspfad erkundet und zumindest eingeleitet werden?

Eine Bilanz, die nicht auf Wahlkampfpräsentation zielt, belegt: Regierungsbeteiligung in Berlin ist und kann unter den gegebenen Rahmenbedingungen nur ein konflikthaftes Projekt sein. Chancen und Risiken, Gelungenes und Mislungenes liegen dicht beieinander. Um bei so vielen Ambivalenzen zu einem ausgewogenen und überprüfbar Urteil zu gelangen, ist es

sinnvoll, die linke Agenda und besonders ihre intendierten und nichtintendierten Folgewirkungen genauer zu betrachten. Ich habe dies in vier Ebenen mit je spezifischen, objektiven Indikatoren aufgefächert, um so nicht nur – wie üblich – Erfolge und Misserfolge gegeneinander aufzurechnen, sondern vor allem auch die qualitativen Anforderungen, Resultate und Trends linker Politik in Regierungsverantwortung zu erfassen. Natürlich, seine volle Aussagekraft kann ein solches „Evaluierungsmodell“ erst über einen längeren Zeitraum als den einer Legislaturperiode erlangen.

**Auf der ersten Ebene** habe ich gefragt nach den Folgewirkungen der linken Agenda für das **Land Berlin** und seine **Bürgerinnen und Bürger**; gemessen an den Indikatoren „*Steuerungs- und Funktionsfähigkeit*“ sowie „*Kurs- und Politikwechsel*“. Meine, im Vortrag verknappte, **Bilanz** lautet: Im Vergleich zur Vorgängerregierung der großen Koalition wurde in den vergangenen vier/fünf Jahren ein Kurs-, ein Richtungswechsel eingeleitet. Überwunden wurde das West-Berliner Politikmodell der Metropoleneuphorie, der Entwicklung auf Pump, der Klientelpolitik, der Korruption und des Filzes. Das Land wurde konsolidiert und wieder funktionsfähiger, Politik auf realistischer Grundlage konzipiert. Das kann nur gering schätzen, wer die Bedeutung der Steuerungsfähigkeit eines komplexen, großstädtischen Gemeinwesens missachtet.

Allerdings erschien die Politik von Rot-Rot in den ersten Jahren nur als Sparen, als Kürzen, als Einschnitte und nicht als Gestaltung mit neuen sozialen Zielen und neuen Prioritäten. Enttäuschung, Kritik, gesellschaftliche Proteste waren die Folge. Erst allmählich und zunächst nur rudimentär wurde ein veränderter Politikansatz gerade der Linkspartei in der Koalition deutlicher. Aus heutiger Sicht zählen dazu:

Die soziale Frage wurde erstmals wieder auf die politische Tagesordnung des Senats gebracht. Und trotz Haushaltsnotstand und der notwendigen Konsolidierungspolitik konnte die soziale, kulturelle und wissenschaftliche Infrastruktur, die in Berlin auf hohem Niveau existiert, alles in allem erhalten und stabilisiert werden. Die Linkspartei hat über ihre Schlüsselressorts Wirtschaft und Arbeit, Soziales, Wissenschaft und Kultur erste Strukturreformen eingeleitet, um die regionalen Potenziale der Stadt zu stärken. Dazu zählen: Institutionelle Reform der Wirtschaftsförderung, Maßnahmen zur Stärkung der Berliner Zukunftsbranchen, erste Schritte zur Entwicklung eines öffentlichen Beschäftigungssektors zwischen Markt und Staat, Erarbeitung der Konzeption „Soziale Stadt“, Reform der Universitätsmedizin, Erarbeitung der Hochschulverträge für den Zeitraum bis 2009, Ablehnung der Studiengebühren, Einführung der Pilotprojekte „Bürgerhaushalte“ in zwei Bezirken, kostenloses Kita-Jahr vor Schulbeginn.

Die Linkspartei hat sich als einzige Partei der Privatisierungseuphorie und –strategie entgegen gestellt (u. a. Erhalt des größten kommunalen Krankenhausunternehmens Europas „Vivantes“ sowie der Verkehrsbetriebe und der Stadtreinigung, dazu Einleitung von Schritten zu mehr Transparenz, Kontrolle und Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Unternehmen Berlins). Eine kohärente und überzeugende Strategie der Wahrung und Entwicklung der öffentlichen Dienstleistungen und Güter – eine Kernfrage linker Politik – hat sie freilich noch nicht präsentiert. Die Neuordnung der kommunalen Wohnungsunternehmen steht ebenfalls noch aus. Die vom Senat gebilligte Teilprivatisierung der Wohnungsbaugesellschaften hat sich als Sackgasse erwiesen und der Verkauf der Wohnungsbaugesellschaft WSG löste letztlich keines der Berliner Probleme.

Fortschritte gab es in den vergangenen Jahren bei der Praktizierung neuer Elemente partizipativer Demokratie: Sicherung und Ausbau der 60 Bürgerämter, neues Gesetz für Bürgerbegehren und –entscheide in den Bezirken mit niedrigen Quoren (3 bzw. 15 Prozent der Wahlberechtigten), Herabsetzung des kommunalen Wahlalters auf 16 Jahre, Einführung des Pflichtfaches Ethik ab 2007, Ausarbeitung eines weit reichenden Landesintegrationskonzepts.

Berlin bzw. die Linkspartei als Vorreiter neoliberaler Politik zu bezeichnen, widerspricht den Realitäten. Andererseits ist Berlin auch unter Rot-Rot alles andere als ein „sozialer Leuchtturm“.

Der „große“ Politikwechsel, ein gesellschaftliches Umsteuern hin zu einem neuen Entwicklungspfad (zweite Herausforderung), wie es viele Anhänger erwartet hatten, konnte bislang nicht vollzogen werden. Der Bundestrend der letzten Jahre konnte nicht „gedreht“ werden, wie die kritischen Befunde Berlins hinsichtlich Wirtschaftsentwicklung, Arbeitslosigkeit, sozialer Polarisierung und Ausgrenzung verdeutlichen. Keine Frage, gerade das erfordert einen Richtungswechsel auf nationalstaatlicher und europäischer Ebene. Die stadt- und landespolitischen Gestaltungsräume sind hier beträchtlich eingeschränkt. Dennoch – die Frage eines neuen Leitbildes regionaler Entwicklung, die Suche nach Öffnungschancen für alternative Projekte und Entwicklungswege bleiben eine Herausforderung und Zielgröße linker Politik auch in der Region.

**Zur zweiten Ebene:** Gefragt wurde hier nach den Folgen für die **zivile Gesellschaft** und die darin agierenden unterschiedlichen Akteure, gemessen an den Indikatoren „*Politische Öffentlichkeit*“ und „*Bürgerpartizipation*“. Meine **Bilanz:** Es zeigt sich, dass mit dem

Koalitionswechsel ein positiver Wandel im politischen Klima der Stadt verbunden ist. Die Stadt ist heute nicht, wie von konservativer Seite mit der Regierungsbeteiligung der Linkspartei prophezeit, tiefer gespalten, sondern in diesem Sinne einheitlicher und lebendiger geworden. Eine neue politische Öffentlichkeit, Voraussetzung jeder linken Reformpolitik, ist jedoch nur ansatzweise entstanden. Die Chance, die dafür mit dem gesellschaftlichen Stimmungswandel 2001 in Berlin gegeben war, wurde durch Rot-Rot zu wenig genutzt. Vor allem wurden kaum eigene Themen definiert und in die Öffentlichkeit transportiert. Der Hauptstadtdiskurs fand mit dem Regierungswechsel nicht – wie erwartet – als öffentlich-gesellschaftlicher Diskurs statt.

Bedeutsam sind die neuen Wege zu mehr Bürgerpartizipation auf bezirklicher Ebene (s. o.), zur Gleichstellungs- und Integrationspolitik sowie die zielgerichtetere Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und den Erscheinungsformen von Ausländerfeindlichkeit. Der Wandel der Zivilgesellschaft im Sinne ihrer Politisierung anstelle ihrer Durchökonomisierung und im Sinne der Stärkung der demokratischen und emanzipatorischen Potenziale steht jedoch erst am Anfang.

**Zur dritten Ebene:** Gefragt wurde nach den Folgen für die **rot-rote Koalition** selbst, gemessen am Indikator „*Gesellschaftliche Akzeptanz*“ und „*Mehrheitsfähigkeit*“. Meine **Bilanz:** Es gibt heute in der Stadt eine allgemeine Grundakzeptanz der SPD-PDS-Koalition. Das war bis vor kurzem in der geteilten Ost-West-Stadt unvorstellbar und Rot-Rot kam 2001 einem Tabubruch gleich. Gestritten wird heute schon nicht mehr zuerst darüber, *ob* eine solche Koalition und insbesondere die Regierungsbeteiligung der sozialistischen Linken in der Hauptstadt überhaupt eine Berechtigung haben, sondern *wie* diese Koalition Politik betreibt. Diese Akzeptanz rot-roter Politik war gerade in den ersten Jahren in der Stadt rückläufig und hat erst in letzter Zeit wieder zugenommen. Es gibt in der Stadt keine Wechselstimmung, aber eine stabile, qualitative Mehrheit besitzt die rot-rote Koalition auch nicht. Angesichts der allgemeinen Stimmungslage in der Bevölkerung finden Regierungsprojekte zurzeit offensichtlich nirgendwo übermäßige Sympathie. Die gesellschaftliche Machtbasis – die eigentliche Basis linker Regierungen – konnte bislang auch in Berlin nicht wesentlich ausgebaut werden.

**Zur vierten Ebene:** Gefragt wurde hier nach den Folgen für die **Linkspartei.PDS**, gemessen an den Indikatoren „*Politik- und Handlungsfähigkeit*“ sowie „*Position im Wettbewerb der Landesparteien*“. Meine **Bilanz:** Auch Berlin zeigt, dass Regierungsverantwortung unter den

Bedingungen des Neoliberalismus gerade für eine linke Partei nicht von vornherein ein Vorteil im Ringen um Politikfähigkeit, um gesellschaftlichen Einfluss und Wählerstimmen ist. Das hat die Linkspartei.PDS Berlin deutlich zu spüren bekommen. Sie musste Lehrgeld bezahlen, Federn lassen, zumal sie anfangs mehr reagierte denn agierte. Die Entwicklung der Umfragewerte nach 2001 war dafür nur ein Beleg.

Dennoch kann man nach gut vier Jahren feststellen: die Regierungsbeteiligung hat weder ihre „Politik- und Handlungsfähigkeit“ noch ihre „Positionen im Wettbewerb der Landesparteien“ geschwächt. Im Gegenteil. So konnte sie ihre Fähigkeit zur Mitgestaltung des Landes unter Beweis stellen, etwas, was der Linken ja gemeinhin abgesprochen wird. Sie erwarb sich neue Kompetenzen auf wichtigen Politikfeldern und schuf sich Zugang zu neuen und der PDS als Oppositionspartei verschlossenen Interessengruppen und Verbänden. Nicht zuletzt konnte sie gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern durch ihre Regierungsbeteiligung einige wichtige bundespolitische Initiativen entwickeln (u. a. ostdeutsche Initiativen für neue Beschäftigungspolitiken, Ablehnung der Hartz-IV-Gesetze und der Erhöhung der Mehrwertsteuer).

Diese neu gewonnene Politik- und Handlungsfähigkeit stärkt letztlich auch ihre Position im „Wettbewerb der Landesparteien“, jedoch nicht automatisch. Die *innere* Widersprüchlichkeit und Konflikthaftigkeit der Regierungsbeteiligung der Linkspartei wurde gerade parteiintern, aber auch im Verhältnis zwischen ihr und den zivilgesellschaftlichen Akteuren, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften deutlich. So stand z. B. in den ersten Jahren ein Akzeptanzgewinn bei koalitionsfernen Akteuren ein Akzeptanzverlust bei bestimmten koalitionsnahen Akteuren gegenüber.

Die vier Untersuchungsebenen zusammengefasst lässt sich m. E. festhalten: Der schwierige Part der Regierungsbeteiligung in Berlin kann, bei allen Widersprüchen, Fehlern und Versäumnissen, als eher gelungen bezeichnet werden. Vor allem, wenn man objektive und nicht ideologische Kriterien anlegt. Der Übergang vom Krisenmanagement, von der Aufräumarbeit zur Gestaltungspolitik wurde in ersten Ansätzen vollzogen und zumindest der Boden für eine demokratische und soziale Reformstrategie bereitet.

Aber dabei wurden aus meiner Sicht drei strategische Defizite deutlich, die es bei künftiger Politikgestaltung positiv „aufzuheben“ gilt:

*Erstens* fehlte es an einem Leitbild, das zugleich eine tragfähige Perspektive für die Stadt und ihre Bürger bietet. Angesichts der gesellschaftlichen Umbruchsituation, angesichts neo-liberaler kultureller Hegemonie braucht die Linke mehr denn je ein praktikables und die

Bürger überzeugendes Leitbild. Gerade auch in Regierungsverantwortung (s. Tagungsthema „... Visionen für Berlin“).

*Zweitens* gab es keine klar bestimmten zentralen politischen Projekte des kleineren Partners in der Koalition, die seine Handschrift tragen, sein Profil ausmachen, den Wählern als „Eigenes“ präsentiert und mit der Öffentlichkeit kommuniziert werden können (z. B. ÖBS, soziale Infrastruktur und öffentliche Güter, gesellschaftliche Demokratie).

*Drittens* gab es längere Zeit und aus unterschiedlichen Gründen Diskrepanzen im Dialog und in der Kooperation zwischen der Linkspartei Berlin und zivilgesellschaftlichen, außerparlamentarischen Bewegungen.

In jüngster Zeit gibt es, wenn ich es richtig sehe, eine Weiterentwicklung der Politik der Linkspartei in Berlin. Offensichtlich Resultat eigener Reflexionen und der Debatten um eine neue Linke in Deutschland. Es schlägt sich auch in ihrem neuen Wahlprogramm „Gemeinsam sind wir Stadt“ nieder. Die sozialen und demokratischen Interessen der Bürger werden deutlicher artikuliert, neue Alternativen formuliert und nun sogar eigene zentrale politische Projekte (u. a. Einführung einer integrativen Schule in Berlin) formuliert. Es wird nach engeren Kontakten zu verschiedenen kritischen gesellschaftlichen Akteuren, darunter Betriebsräten und Gewerkschaften, gesucht. Das Profil der PDS Berlin als linke Partei erscheint dem Beobachter (s. Medienkommentare) geschärft.

### **3. Regierungsbeteiligung – einige Erfahrungswerte**

Aus der Beobachtung und Analyse linker Politik in Regierungsverantwortung lassen sich einige Erfahrungen ableiten und problematisieren. Hier will ich nur einige wenige, m. E. aber relevante kurz benennen:

**Erstens:** Auch für *linke* Parteien ist neben Opposition Regierungsbeteiligung ein legitimes Mittel politischen Handelns. Die entscheidende Frage ist hierbei die nach den Bedingungen. Gerade weil es kein allgemeingültiges Rezept für die Beteiligung an Koalitionsregierungen gibt, sind diese Bedingungen v o r Regierungsantritt inhaltlich zu bestimmen (Essentials), verbindlich und öffentlich. Das gilt auch für die Formulierung gemeinsamer Schnittmengen mit dem Koalitionspartner. Die Wähler haben ein Recht darauf, vorher zu wissen, wofür die Linkspartei dann auch in der Koalition, trotz der dort notwendigen Kompromisse, steht und wofür nicht.

**Zweitens:** Das Vertrauen der Bürger in die Institutionen, darunter besonders in Politik und Politiker, bewegt sich in Deutschland seit längerem auf niedrigstem Niveau. Zugleich ist Glaubwürdigkeit inzwischen zum ersten Kriterium bei der Bewertung von Politik und Politikern durch die Bürger geworden. Das stellt auch an linke Politik in Opposition und Regierungsverantwortung neue Anforderungen.

Glaubwürdigkeit erlangt man am ehesten durch klar umrissene und realistische Ziele und Projekte statt Beliebigkeit und unhaltbarer Versprechungen; durch eine Politik der Gerechtigkeit und Stetigkeit statt Anpassung an wechselnde Gegebenheiten und Stimmungen; durch eine Politik der Offenheit und des gesellschaftlichen Dialogs statt Vertuschung und Abschottung im Parlament, der Regierung und den Apparaten; durch Entwicklung neuer, partizipativer Formen von Demokratie und Bürgerbeteiligung statt der Beschwörung ihres „Mitnehmens“.

Die Linke ist – auch in der Regierung – nur so stark, wie sie in der Gesellschaft verankert ist und wie sie gesellschaftliche Resonanz und Unterstützung erfährt.

**Drittens:** Eine Partei, die (mit)regiert, muss alles tun, damit sie gut regiert und die von ihr Beauftragten gut regieren können. Sie muss zugleich aber mehr bieten als bloße Regierungsbeteiligung. Sie darf nicht zu einem bloßen Akklamationsapparat der Regierung werden, sondern muss sich zu einem Ort lebendiger Debatte, programmatischer Visionen und neuer Projekt- und Politikentwürfe entwickeln. Auch um ihre soziale und kulturelle Identität zu schärfen und nach außen zu kommunizieren.

**Viertens:** Regierungsbeteiligung führte bislang nirgendwo zum allmählichen Hineinwachsen in eine freie, sozial gerechte und solidarische Gesellschaft (Demokratischer Sozialismus). Doch die Hoffnung, mit einem radikalen Bruch, sozusagen mit einem Schlag die gesellschaftlichen Probleme im Interesse der arbeitenden Klasse lösen zu können, waren ebenso trügerisch und führten erst recht in die Irre. Das Scheitern beider Ansätze grundlegender gesellschaftlicher Veränderung, die das 20. Jahrhundert maßgeblich geprägt haben (J. Hirsch), legt es nahe, über ein neues, tragfähiges Transformationskonzept des 21. Jahrhunderts nachzudenken, in dem Intervention, soziale Gestaltung und gesellschaftliche Veränderung sich wechselseitig bedingen. Regierungsbeteiligung ist dabei nicht die erste Frage, nicht der entscheidende Maßstab des Erfolgs, schon weil gesellschaftliche Transformation nicht zuerst von einem steuernden Zentrum aus möglich ist. Denn Transformation ist vor allem ein gesellschaftlich-komplexer Prozess von Selbsttransformation

der Gesellschaft, der auf unterschiedlichen Ebenen, von unterschiedlichen Gruppen, Initiativen und Bewegungen vorangetrieben wird. Gesellschaftliche Veränderungen beginnen dort, wo Menschen ihre Verhältnisse anders sehen und sich praktisch anders verhalten. Aber die staatliche Handlungsebene ist andererseits nicht zu vernachlässigen, sonst könnte man gleich auf Parteien und Wahlbeteiligung verzichten (D. Hensche). Und Regierungsbeteiligung oder Linksregierungen sind zugleich ein wesentlicher Baustein gesellschaftlicher Transformationsprozesse, wenn sie die neuen Konfliktlinien im Neoliberalismus aufgreifen und um praktikable Alternativen ringen, neue soziale und demokratische Regeln setzen und für eine neue gesellschaftliche Regulationsweise auf nationalstaatlicher, europäischer und internationaler Ebene eintreten. Statt also immer wieder das Eine gegen das Andere zu setzen, gilt es zu lernen, den Spagat zwischen Gesellschafts- und Regierungs(Macht)politik zu beherrschen. Nur so kann die neue Linke ein ernstzunehmender Faktor im politischen Wettbewerb und eine authentische Kraft der sozialen und politischen Transformation sein bzw. werden.